

Die Politik der Mehrheit um jeden Preis geht auf Kosten der Substanz

Die Flexi-CDU erschlafft

Von Gerd Held

In der CDU wird es allmählich einsam. Gleich von drei Abschieden ist sie betroffen: Zum einen haben sich die Wähler in Nordrhein-Westfalen massiv von ihr getrennt, vor allem ins Lager der Nichtwähler. Zum anderen droht ihr der natürliche Bündnispartner, die FDP, abhanden zu kommen – entweder durch Sinken unter die 5%-Marke oder durch Wechsel in eine Ampelkoalition. Drittens verliert die Union Führungsfiguren, die sich bei ihr nicht mehr unterstützt fühlen. Man kann solche Abschiede als eine kurze, vorübergehende Situation deuten. Man kann sie auch einzelnen Fehlern zuschreiben, die reparabel sind. Stand die Partei von Angela Merkel nicht vor wenigen Monaten noch als strahlende Siegerin da? Könnte die CDU/CSU aus der Krise nicht sogar gestärkt hervorgehen? Aber das mögen in diesen Tagen auch diejenigen, die sonst das taktische Geschick der einsamen Kanzlerin hervorheben, nicht behaupten.

Die CDU zahlt jetzt den Preis für eine Politik, die die eigenen Positionen nicht mehr pflegte, sondern für Mehrheitsoptionen opferte. Zunächst hatte die Moderatorenrolle, in die Angela Merkel die CDU geführt hat, dafür gesorgt, die Partei überall im Spiel zu halten. Sie stand zwar nicht mehr „mitten im Leben“, wie es früher einmal hieß, aber sie konnte mit SPD, FDP und Grünen koalieren. Die Volkspartei wurde Aushandlungspartei. Die neue Flexi-CDU wurde unumgebar, aber dafür musste sie auch einen Preis bezahlen: Ihr eigenen Positionen wurden immer undeutlicher. In Hamburg ging das so weit, dass die CDU lieber mit SPD und Grünen einen „Schulfrieden“ paktierte, als sich einem Bürgerbegehren zur Verteidigung des gegliederten Schulsystems anzuschließen. Bei Arbeitsmarkt oder Renten klingt es aus

dem zuständigen Bundesministerium so, als warte dort noch Olaf Scholz. In der Energiepolitik liegt die „Mitte“ im Niemandsland zwischen Brüderle und Trittin. Gelitten hat dabei vor allem die Fähigkeit der Partei, die eigenen guten Argumente zur Schule, zur Energieversorgung, zum Arbeitsmarkt oder zur Finanzpolitik überhaupt noch vorzutragen. Dass wichtige Argument, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze kostet, ist von der CDU kaum noch zu hören. Stattdessen ist ein windelweiches „wenn alle Tarifparteien es wollen“ zu hören und damit ist das Argument schon verschwunden. Früher war die CDU/CSU gerade keine Wenn-Alle-Partei. Sie setzte Eckpunkte, auch gegen Mehrheitsstimungen. Nur dadurch konnte sie wichtige Grundentscheidungen der Bundesrepublik bestimmen.

Nun ist gegen eine moderierende Politik nichts einzuwenden - wenn die Dinge im Grundsatz auf einem guten Weg sind. Davon kann allerdings in dieser Zeit keine Rede sein, Deutschland steht vor heiklen, unvermeidlichen Entscheidungen. Die Regierung spricht selber von der „größten Krise“ und handelt doch so, als ob es nur um das Aushandeln von Details geht. Die moderierende Politik hat etwas Unehrlisches bekommen. Kein Wunder, wenn dann die Bürger ihre eigene Rechnung aufmachen: Wenn unsere Stimme gar nicht als Richtungsweisung gebraucht wird, dann lohnt sie sich nicht. Warum sollte man eine Partei wählen, deren Positionen sowieso nicht so ernst gemeint sind, sondern sogleich zur Disposition gestellt werden, wenn einmal keine Mehrheit zur Verfügung steht? Die CDU hat ein „Glaubwürdigkeitsproblem“ und das ist gerade für eine bürgerliche Volkspartei gravierend. Denn eine solche Partei kann nicht auf die

Fehler der anderen warten, sie muss ein Angebot machen, einen positiven Schritt vorgeben. Eine Zeit lang hat die „Relativitätstheorie“ von Angela Merkel funktioniert - die Taktik, Positionen vom Gegner zu übernehmen und sich einfach als breiter Anbieter in die Mitte zu setzen. Das funktionierte nicht zuletzt deshalb, weil die Menschen die Substanz der CDU-Geschichte immer noch vor Augen hatten und im Geiste mitzählten. Doch war es schon längere Zeit so, dass wichtige Personen der CDU schweigsamer wurden und sich in die zweite Reihe gedrängt sahen.

Vor allem wurden wichtige Grundkompetenzen – Finanzstabilität und Sicherheit – zweitrangig. Nun haben sich die Dinge beschleunigt. Die Menschen sehen, zum Teil mit Erschrecken, wie sich wichtige Personen zurückziehen und Eckwerte der Bundesrepublik aufgegeben werden. Die CDU wirkt auf einmal hohl in der Sprache und arm an Typen. Der Kurs der moderierenden Mitte hat eine Partei nach seinem Bilde geformt: viel Konferenz, wenig Substanz. Die Ressourcen der Union sind weitgehend aufgezehrt, die List der Relativitätstheorie stößt an ihre Grenzen.

(Manuskript vom 1.6.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 3.6.2010)